



Presseschau vom 19.10.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dan-news, *dnronline*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. *Cloudflare*) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

<https://kurz.rt.com/380r> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Nord Stream: Das verräterische Schweigen der Bundesregierung

Dass mehrere Anfragen der Abgeordneten Žaklin Nastić und Sahra Wagenknecht zum Anschlag auf Nord Stream nur mit einem "Sagen wir nicht" beantwortet wurden, dürfte allgemein bekannt sein. Aber auch dieses Schweigen verrät mehr, als der Bundesregierung lieb sein kann. ...

<https://kurz.rt.com/397m> bzw. [hier](#)

Aljona Sadoroschnaja, Darja Wolkowa: Wie die EU ukrainische Militärs ausbildet

Noch vor der Ankündigung der EU-Außenminister über eine Ausbildungsmission für ukrainische Soldaten wurden Kiews Truppen auf europäischem Boden trainiert. Wie wurden ukrainische Kämpfer im Westen bisher ausgebildet und was könnte die EU künftig dazu beitragen? ...

<https://kurz.rt.com/3985> bzw. [hier](#)

Thomas Frank: Luisa Neubauer: Klima-Hysterie und Doppelmoral

Ihr Spitzname war "Langstrecken-Luisa", weil sie völlig ungeniert durch die ganze Welt jettete. Doch die Fridays-for-Future-Aktivistin, Lieblingskind des Mainstreams und ewige Studentin, will uns vorschreiben, wie wir "im Namen des Klimas" fahren sollen und ob wir noch fliegen dürfen. ...

<https://kurz.rt.com/392k> bzw. [hier](#)

Olga Samofalowa: China hat gelernt, aus Europas Energieproblemen Kapital zu schlagen

Peking hat einen ungewöhnlichen Weg gefunden, um aus der Energiekrise in der Europäischen Union Kapital zu schlagen. Man verkauft fleißig amerikanisches LNG nach Europa weiter und verdient mit jeder einzelnen Ladung Hunderte von Millionen Dollar. Vermutlich geschieht dies auch mit russischem LNG. Welche weiteren Begünstigungen kommen dem Land durch den russisch-europäischen Konflikt zugute? ...

<https://kurz.rt.com/3948> bzw. [hier](#)

Joe Bessemer: Neue Lenkflugkörperangriffe auf Infrastruktur der Ukraine – Vorbote russischer Offensive?

Mehrere Wärmekraftwerke und weitere Infrastrukturobjekte der Ukraine sind durch eine neue Serie von Angriffen mit Raketen und Kamikazedrohnen außer Betrieb gesetzt worden, so Zeugen vor Ort und Behörden des Landes. Einige Analysten erwarten eine baldige russische Offensive.

<https://kurz.rt.com/3987> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Xi Jinping auf Parteitag: China zu einem "modernen sozialistischen Land" machen**

Chinas Präsident und Generalsekretär der regierenden Kommunistischen Partei zog bei seinem Bericht Bilanz über die letzten zehn Jahre und nannte die nächsten Ziele der chinesischen Regierung. ...

<https://kurz.rt.com/39a0> bzw. [hier](#)

Bernhard Loyer: **Politisch-mediale Akzeptanz: Wenn "gute Demonstranten" die Gesellschaft nötigen**

Es gibt das Klima und ein gesellschaftliches Klima. Nötigungen von Gruppierungen, wie "Die letzte Generation", belasten den Alltag von gestressten Menschen. Die vorliegende Akzeptanz bei Großteilen der Politik und Medien irritiert. Luisa Neubauer weiß: "Die Wahl zwischen Zeit und Demokratie haben wir nicht." ...

<https://kurz.rt.com/3999> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Vom Umbau der Welt und der westlichen Agonie**

In Astana wurden gerade Regeln für eine postwestliche Welt im eurasischen Raum aufgestellt. Im Westen blieb dies unbemerkt. Dabei sichert sich Eurasien zunehmend gegen den Todeskampf des Westens ab und verabredet zu diesem Zweck die tiefere Kooperation. ...

<https://kurz.rt.com/399w> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Habeck: Von Düsseldorf in den Sportpalast – oder: Eine Rede, die so ähnlich bereits gehalten wurde**

Die Reden von Robert Habeck sind es wert, genauer betrachtet zu werden. Nicht, weil sie rhetorisch herausragen; da entsprechen sie eher einem dritten oder vierten Remake. Es sind die Originale, die dahinter durchscheinen, die aufschlussreich sind. ...

<https://kurz.rt.com/398c> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:52 de.rt.com: **Es brodelt in Europa: Die Proteste gegen die Kriegs- und Sozialpolitik der Regierungen nehmen zu**

Immer mehr Menschen in Deutschland und Europa protestieren gegen die Inflation sowie verfehlte Sozial-, Energie- und Friedenspolitik. Sie wehren sich gegen Regierungen, die im Interessen reicher Aktionäre handeln und dabei die Bevölkerung ausbeuten.

Es brodelt in der Bevölkerung, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Die Leute haben genug von Regierungen, die anstelle der Bedürfnisse der Menschen nur die Profitinteressen der Konzerne bzw. deren superreicher Aktionäre bedienen. Trotz groß angelegter Anti-Russland-Kampagnen in den Mainstream-Medien lehnen immer mehr Menschen Sanktionen gegen Russland, Waffenlieferungen an die Ukraine und Frieren für den Krieg bzw. den Profit von multinationalen Konzernen ab.

Im Mainstream wird kaum darüber berichtet, in welchem Ausmaß und an wie vielen Orten der Volkszorn in Europa seit Monaten immer mehr wächst. Dabei richtet sich der Zorn nicht nur gegen die Regierungen, sondern zunehmend auch gegen eine Berichterstattung, die die Bedürfnisse ihrer Leser nach sozialer Sicherheit und Frieden ebenfalls aus dem Auge verliert und stattdessen Kriegspropaganda verbreitet.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/634e980b48fbef7eec4fb634.JPG>

Demonstration in Köln, 3. Oktober 2022

Die Unterschlagung der fortlaufenden Proteste in vielen europäischen Ländern seitens der Medien ist nur ein Grund, warum der wachsende Widerstand vielerorts noch nicht ins Bewusstsein dringt. Nur deshalb bleibt die Stärke einer Widerstandskraft der Proteste, die zum Beispiel in Deutschland über zwei Jahre wöchentliche Montagsdemonstrationen in bis zu 2.000 Städten und Gemeinden umfassen, zurzeit noch unter dem Radar.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/634e9aa3b480cc253f4a2c43.png>

Demonstration in Köln, 3. Oktober 2022

Auch am vergangenen Wochenende kam es sowohl in deutschen als auch in vielen europäischen Städten wieder zu zahllosen Demonstrationen und Protestaktionen gegen die Kriegs- und Sozialpolitik der Regierungen.

In Stuttgart [demonstrierten](#) am Sonntag unter dem Motto "Gemeinsam gegen den Wahnsinn – Baden-Württemberg steht auf" Tausende gegen die antirussischen Sanktionen und deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine. Bei der Stuttgarter Kundgebung trat der ehemalige CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer als Hauptredner auf und bezeichnete die Bundesregierung als "schlechteste Regierung seit 75 Jahren". Nachdem er sich von der CDU losgesagt hatte, gründete er die Partei "Team Todenhöfer – die Gerechtigkeitspartei".

In der Landeshauptstadt forderten viele Demonstranten zudem die Freilassung des Stuttgarter Unternehmers und Gründers der Querdenkerbewegung Michael Ballweg, der seit Ende Juni in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim in Untersuchungshaft sitzt.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/634ea5a3b480cc75d00053a9.png>

Demonstration in Leipzig, 15. Oktober 2022

Auch in Leipzig nahmen am Samstag 2.000 Demonstranten an der Demonstration "Jetzt reicht's! – wir frieren nicht für Profite" teil, zu der ein neues linkes Bündnis aufgerufen hatte. Dabei forderten sie auch zu Enteignungen von Konzernen auf: "Streiken, Enteignen, Vergesellschaften – Für ein Ende von Preis und Profit" lautete ein Demoslogan.

Das sind nur zwei Beispiele von Hunderten von Demonstrationen, die wöchentlich in Deutschland und Europa stattfinden. So demonstrierten Zehntausende Menschen am Sonntag auch in Paris gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Macron und insbesondere gegen die steigenden Lebenshaltungskosten. Mittlerweile gebe es in Frankreich eine zehnpromtente Inflation, so ein Demonstrant.

Der Kampf richte sich nicht mehr nur gegen die Regierung, sondern gegen die "Kapitalisten". Anstatt die Profite des Ölkonzerns Total zu beschlagnahmen, gehe Emmanuel Macron gegen die streikenden Arbeiter der Ölraffinerie vor. Die Bevölkerung werde geplündert, stellte der Demonstrant fest:

"Für uns ist das Plünderung. Seit Wochen streiken die Arbeiter in den Ölraffinerien für mehr Lohn."

Zu der Pariser Demonstration hatte unter anderem auch der Vorsitzende der linken Partei "La France insoumise" Jean-Luc Mélenchon aufgerufen.

Und am heutigen Dienstag [führen](#) die Franzosen einen [angekündigten](#) berufsübergreifenden Generalstreik durch, der die halbe Hauptstadt lahmlegt. Sie demonstrieren für Streikrecht, höhere Löhne und Rente mit 60.

Angeführt von der Gewerkschaft USB [demonstrierten](#) am Sonntag auch in Rom Tausende gegen die NATO, die Sanktionen und Waffenlieferungen an die Ukraine. Die herrschenden Eliten verrieten die Heimat und die Völker Europas, beklagten die Demoteilnehmer.

Besonders massiv waren die Proteste am Wochenende in der moldawischen Hauptstadt Chişinău, wo nach Angaben der Veranstalter 70.000 Menschen gegen die Energie- und Sozialpolitik der Regierung von Maia Sandu protestieren. In Moldawien beträgt die Inflationsrate inzwischen 35 Prozent. Die Demonstranten forderten den Rücktritt der Regierung.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634e9850b480cc253f4a2c3d.png>
Demonstration in Köln, 3.10.2022

21:10 de.rt.com: **Bundesrechnungshof hält "Doppel-Wumms" für verfassungswidrig**
Eigentlich wollte die Bundesregierung mit einem Sondervermögen in Höhe von 200 Milliarden Euro gegen die Folgen der Energiekrise vorgehen und die deutsche Wirtschaft sowie Privathaushalte finanziell unterstützen. Doch der Bundesrechnungshof äußert nun rechtliche Bedenken.

Der Bundesrechnungshof hält die von der Bundesregierung geplante Schuldenaufnahme für ein weiteres 200 Milliarden Euro schweres Rettungspaket gegen die Energiekrise für verfassungswidrig. Wie es in einem Bericht an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages heißt, verstoße die vorgesehene Kreditaufnahme "auf Vorrat" gegen den verfassungsgemäßen Vorsatz der Jährlichkeit.

Laut dem Grundgesetz muss der Haushaltsplan für ein Jahr aufgestellt werden – aufgenommene Kredite sollen nur dazu dienen, ein Haushaltsminus im gleichen Jahr auszugleichen. Die Bundesregierung hingegen plant nunmehr, in diesem Jahr ein weiteres Sondervermögen in Höhe von 200 Milliarden Euro anzulegen, mit dem bis zum Jahr 2024 die Ausgaben für eine sogenannte Gaspreisbremse, für weitere Unternehmenshilfen und für andere Maßnahmen finanziert werden sollen.

Im Gegensatz zu den Plänen des Bundesministeriums der Finanzen unter Leitung von Christian Lindner (FDP) plädiert der Bundesrechnungshof in seinem Bericht nun dafür, dieses vom Bundeskanzler Olaf Scholz mit dem Wort "Doppel-Wumms" umschriebene Paket ohne Umwege direkt aus dem normalen Bundeshaushalt zu finanzieren.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634ec39848fbef7c9179337b.jpg>

21:20 de.rt.com: **Cherson-Beamter: Ukrainische Streitkräfte suchen in kleinen Gruppen**

nach Schwachstellen in der russischen Verteidigung bei Cherson

Ukrainische Armee-Einheiten versuchen in kleinen Gruppen erfolglos, Schwachstellen in der Verteidigung der russischen Truppen im Gebiet Cherson zu finden. Darauf verwies Kirill Stremoussow, stellvertretender Gouverneur des Gebietes Cherson, am Dienstag. Er erklärte in einer Videobotschaft, die auf seinem Telegram-Kanal veröffentlicht wurde:

"Einige kleine Gruppen [der ukrainischen Truppen] versuchen ein Loch in unsere Verteidigung zu schlagen oder nach 'Lücken' zu suchen. Heute ist aber alles verschlossen und es gibt keine Chance für sie einzudringen."

Er bezeichnete die Gerüchte und Meldungen über eine angeblich gestartete ukrainische Offensive als Fake und Schwindel.

21:48 de.rt.com: Ukrainische Streitkräfte beschießen erneut zivile Ziele im russischen Gebiet Kursk

Die ukrainischen Streitkräfte sollen die Siedlungen an der Grenze des russischen Gebiets Kursk beschossen haben. Dies [teilte](#) der Gouverneur des Gebiets, Roman Starowoit, am Dienstag in seinem Telegramkanal mit.

In der Siedlung Gujewo seien ein Wohnhaus und eine Scheune beschädigt worden. In der Ortschaft Gontscharowka seien die Dächer und Fassaden mehrerer Häuser demoliert worden. Starowoit versprach, den Bewohnern so schnell wie möglich zu helfen. Auf den Fotos, die der Gouverneur des Gebiets veröffentlichte, sind die Schäden zu sehen.

22:13 de.rt.com: Japanischer Abgeordneter fordert die Ukraine auf, die Waffen niederzulegen

Die Ukraine müsse die Waffen niederlegen und den Konflikt beenden, wenn sie nicht ohne die Hilfe des Westens kämpfen könne. Dies sagte der japanische Abgeordnete Muneo Suzuki, wie Yahoo News Japan berichtet. Seiner Ansicht nach seien alle Äußerungen der westlichen Medien über die "Schwächung Russlands" zweifelhaft. Die russische Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#) zitiert ihn:

"Kiew sagt ständig, dass Russland zu wenige Raketen habe. Aber ist das wirklich so? Und wenn es so wäre, warum hören die USA dann nicht auf, der Ukraine Waffen zu liefern, um diesen Konflikt zu beenden? Wenn ihr Ukrainer nicht allein kämpfen könnt, hört sofort auf zu kämpfen."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/634eded6b480cc7f89414ba2.jpg>

Muneo Suzuki

22:21 de.rt.com: Moskau: Föderationsrat plant, ausländische Filme unter Zwangslizenz zu stellen

Der Russische Föderationsrat will eine Zwangslizenz für die Streifen ausländischer Filmfirmen einführen. Die Maßnahme betreffe Produktion der Studios, die Russland nach

dem Ausbruch des Ukraine-Krieges fluchtartig verlassen haben und solle nicht von Dauer sein.

Wie der Abgeordnete des Föderationsrates Andrei Kutepow der Nachrichtenagentur TASS erklärte, widerspreche die Beendigung der Filmlizenzierung für Russen durch ausländische Unternehmen wie Sony, Walt Disney, Warner Bros., BBC Studios, Universal Pictures und andere im Zusammenhang mit der Militäroperation in der Ukraine den Normen des internationalen Rechts. Dieser Schritt werde daher "als Missbrauch der Macht von Rechteinhabern betrachtet", da die Filme dieser Unternehmen außerhalb Russlands rechtmäßig veröffentlicht und lizenziert werden. Kutepow fügte hinzu:

"Neben der Verletzung der Rechte der russischen Bürger im Vergleich zu den Rechten der Bürger anderer Staaten auf Zugang zu den veröffentlichten audiovisuellen Werken ist auch die Existenz der Filmvertriebsindustrie in Russland bedroht."

Daher schlägt der Ausschuss für Wirtschaftspolitik des Föderationsrates vor, russischen Kinos zu erlauben, ausländische Filme ohne Zustimmung der Rechteinhaber, aber gegen eine Vergütung zu zeigen. Der Text des vorbereiteten Verordnungsentwurfs, der TASS vorliegt, lautet:

"Der vorgeschlagene Dekretentwurf der russischen Regierung sieht vor, dass ausländische Filme in Russland vertrieben werden dürfen, ohne dass Lizenzvereinbarungen mit den Rechteinhabern bestehen und ohne deren Zustimmung, aber mit einer Vergütung für sie."

Wie aus dem Dokument hervorgeht, wird diese Verordnung als vorübergehende Maßnahme in Bezug auf Filme aus den sogenannten "unfreundlichen Staaten" angesehen und gelte nur für den Fall, dass die Produktionsfirma sich weigere, eine russische Lizenz zu erteilen.

Dem Dokument zufolge werden die vorgeschlagenen Regeln nicht für ausländische Urheber gelten, die selbstständig gleichzeitig mit dem Filmvertrieb in anderen Ländern das Recht zur Nutzung ihrer Filme in Russland einräumen. Aus dem Föderationsrat heißt es:

"Dies wird die bestehende Ordnung zwischen Nutzern und Rechteinhabern bewahren, die Rechte von redlichen Rechteinhabern schützen und einen zusätzlichen Anreiz für ausländische Urheber schaffen, auf den russischen Filmmarkt 'zurückzukehren'."

Laut dem Entwurf soll der Vergütungssatz bei öffentlichen Filmvorführungen zehn Prozent der Einnahmen betragen. Die Abgeordneten schlagen vor, die Vergütung für die Urheber auf das Konto einer von der russischen Regierung bestimmten autorisierten Organisation zu überweisen.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634ea35748fbef7eec4fb65b.jpg>

Zuschauerraum eines neuen Kino- und Konzertkomplexes des Mosfilm Cinema Concern in Moskau

22:42 de.rt.com: **Chinesischer Diplomat: Einseitige Sanktionen sind "Tumor der menschlichen Gesellschaft"**

Immer wieder werden die westlichen unilateralen Sanktionen aufgrund ihrer negativen

Auswirkungen auf die internationale Zusammenarbeit und die davon betroffenen Bevölkerungen kritisiert. Zudem wird die völkerrechtliche Zulässigkeit dessen infrage gestellt.

Chinas stellvertretender UN-Botschafter Dai Bing hat am Mittwoch erklärt, dass einseitige Sanktionen, wie sie oft von westlichen Staaten gegen missliebige geopolitische Konkurrenten beschlossen werden, ein "Tumor der menschlichen Gesellschaft" seien, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtet. Der chinesische Diplomat rief die Vereinigten Staaten von Amerika und andere westliche Regierungen dazu auf, diese "illegalen und unvernünftigen" Sanktionen "sofort" zu beenden.

Dai kritisierte, dass die einseitigen Sanktionen dieser Länder unter dem Vorwand des Schutz der Menschenrechte tatsächlich jedoch die Menschenrechte in anderen Ländern verletzen würden. Über die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Menschenrechte äußerte sich der chinesische Diplomat auf einer Veranstaltung der Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen folgendermaßen: "Diese westlichen Länder müssen für die systematische Verletzung der Menschenrechte durch ihre einseitigen Zwangsmaßnahmen verantwortlich und rechenschaftspflichtig gemacht werden."

Einseitige Zwangsmaßnahmen verstoßen Dai zufolge gegen die UN-Charta und das Völkerrecht. Der Diplomat wies zudem darauf hin, dass einige Länder sogar versuchen würden, diese Maßnahmen zu nutzen, um die rechtmäßigen Regierungen der von den Sanktionen betroffenen Länder zu stürzen und "Farbenrevolutionen" für erhoffte Regimewechsel anzuzetteln. Das stelle eine ernsthafte Bedrohung für den Weltfrieden und die Stabilität dar.

Der Missbrauch von Sanktionsmaßnahmen durch einzelne Länder, wie die Verhängung von Handelsverboten, die Blockierung von Finanzinvestitionen und die Beeinträchtigung von Märkten, führe zu einer Störung der internationalen Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Technologie. Die Sanktionen stellen laut Dai eine ernste Bedrohung für die weltweite Nahrungsmittel-, Energie- und Finanzsicherheit dar und erschweren die Lebensbedingungen insbesondere in den Entwicklungsländern, was in einigen gefährdeten Ländern sogar zu humanitären Katastrophen führe.

Zudem warnte der chinesische Diplomat, dass einseitige Sanktionen auch der Harmonie und Stabilität der internationalen Beziehungen erheblich schaden würden. Sogar grundlegende Bedürfnisse wie die Zahlung von UN-Gebühren und die Teilnahme an UN-Sitzungen in der US-Großstadt New York seien aufgrund von Sanktionen unterbrochen worden, so Dai. Er fügte hinzu, dass solche Praktiken verurteilt werden müssen.

Dai schloss mit den Worten:

"Wir fordern die Vereinigten Staaten und einige andere westliche Länder auf, sich dem internationalen Appell nach Gerechtigkeit zu stellen und ihre einseitigen Zwangsmaßnahmen unverzüglich aufzuheben, um mit konkreten Maßnahmen echten Multilateralismus zu praktizieren."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634eb36bb480cc7c367e328d.jpg>

Chinas stellvertretender UN-Botschafter Dai Bing

22:50 de.rt.com: **Stadtverwaltung Energodar: Wärmekraftwerk und Industriegebiet unter Beschuss**

Ukrainische Truppen beschießen das Gebiet um die Stadt Energodar. Dabei ist offenbar das Wärmekraftwerk Saporoschje sowie das dortige Industriegebiet getroffen worden. Dies [berichtet](#) die Stadtverwaltung am Dienstagabend auf Telegram. In der Erklärung heißt es: "Jetzt wurden etwa zehn Artilleriegeschosse am Wärmekraftwerk Saporoschje und der Industriezone der Stadt verzeichnet."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/634f0b8048fbef01c6555cd7.jpg>

Energodar nach dem Beschuss durch ukrainische Truppen am 14. Oktober

vormittags:

7:02 de.rt.com: **Behördenvertreter: Werden ukrainische Truppen nicht nach Cherson lassen**

Der Westen drängt Kiew zu aktiven Militäraktionen, aber der Feind wird abblitzen, Cherson "wird nicht kapitulieren", verkündete Kirill Stremoussow, stellvertretender Leiter der Gebietsverwaltung von Cherson, auf seinem Telegram-Kanal. Er erklärte:

"Nach den uns vorliegenden Informationen werden die Ukranasis auf Drängen des Westens in naher Zukunft eine Offensive auf die Stadt Cherson starten. Der Beschuss von Cherson und des rechten Dnepr-Ufers im Gebiet Cherson kann nicht ausgeschlossen werden."

In diesem Zusammenhang fügte er hinzu, dass die am rechten Dnepr-Ufer im nordwestlichen Teil des Gebietes Cherson lebende Bevölkerung aufgefordert sei, an das linke Ufer zu ziehen

oder für die Dauer der Feindseligkeiten in andere Gebiete der Russischen Föderation zu gehen. Stremoussow betonte:

"Wir werden die Stadt nicht aufgeben. Wir werden bis zum Ende stehen. Wir werden die Nazis nicht in die Stadt lassen."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/634f78c9b480cc658a65c3a5.jpg>

Russische Soldaten im Gebiet Cherson

7:29 de.rt.com: **Kriwoi Rog meldet Zerstörung einer Energieinfrastrukturanlage**

In der Stadt Kriwoi Rog im Gebiet Dnepropetrowsk sei eine Energieinfrastruktureinrichtung zerstört worden, sodass mehrere Ortschaften und ein Teil der Stadt ohne Strom blieben. Das teilt der Leiter der Militärverwaltung der Stadt, Alexandr Wilkul, auf seinem Telegram-Kanal mit. Er [schreibt](#):

"Aufgrund der Zerstörung einer Energieinfrastrukturanlage im Bezirk Kriwoi Rog durch einen Treffer während des letzten Luftangriffs sind viele Ortschaften im Bezirk und das Viertel Ingulez in Kriwoi Rog ohne Strom."

Laut Wilkul sei das letzte Mal am 18. Oktober gegen 22.15 Uhr ein Luftalarm im Gebiet ausgelöst worden.

wpered.su: Das Präsidium des ZK der KPRF fasste einen Beschluss über die Gründung von Organisationskomitees zur Vorbereitung von Gründungskonferenzen einer Donezker bzw. Lugansker Republikorganisationen sowie von Regionalorganisationen in Saporoshe und Cherson der KPRF

Am 17. Oktober fand eine Sitzung des Präsidiums des Zentralkomitees der KPRF statt. Bei der Eröffnung charakterisierte der Vorsitzende des ZK der Partei G.A. Sjuganow die Lage im Land und in der Welt, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

Er unterstrich, dass der am 16. Oktober eröffnete 20. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas ein Ereignis von planetarem Ausmaß sein wird. In den 100 Jahren ihrer Geschichte hat die KPCh das Schicksal der chinesischen Werktätigen grundlegenden verändert, das Land von den Fesseln der halbkolonialen Abhängigkeit befreit, das Volk zum Herren seines Schicksals gemacht. Heute hat die Kommunistische Partei Chinas herausragende Erfolge bei der Entwicklung der VR China erzielt und bringt das Land überzeugend auf weltweite führende Positionen.

G.A. Sjuganow merkte an, dass vor Russland und China heute die gemeinsame Aufgabe steht, eine selbständige Entwicklung zu erhalten und dem Druck des kollektiven Westens standzuhalten. Dazu ist eine Stärkung der Einheit der Völker der zwei Länder notwendig und eine Verstärkung der gemeinsamen Anstrengungen im Kampf für eine gerechte Weltordnung. Die Bedeutung des 20. Parteitags der KPCh, die Erfolge der chinesischen Kommunisten und

die Fragen des Kampfes gegen den imperialistischen Globalismus befinden sich im Zentrum der ideologisch-theoretischen und der Agitations- und Propagandaarbeit der russischen Kommunisten.

Über die Vorbereitung des 5. (November)plenums des ZK der KPRF im Jahr 2022 berichtete D.G. Nowikow. Im Vorfeld des 100. Jahrestags der Gründung der UdSSR hat das Präsidium entschieden, dem Plenum des Zentralkomitees zur Behandlung das Thema „Erfahrung der sowjetischen Volksmacht und Aufgaben der KPRF im Kampf für echte Demokratie, sozialen Fortschritt und Völkerfreundschaft“ vorzulegen. Aufgaben zur Vorbereitung von Materialien für das Plenum wurden vorbereitet.

Zur Frage über den Verlauf der Vorbereitung zur Schaffung regionaler Organisationen der KPRF in den neuen Subjekten der Russischen Föderation sprach Ju. W. Afonin. Das Präsidium hörte Informationen von B.A. Litwinow, I.G. Gumenjuk, W.R. Rodin, Ju.B. Michajlowa, A.A. Juschtschenko und O.A. Sljusarenko über die Arbeit zur Gründung von Organisationen der Partei in der Donezker und Lugansker Volksrepublik sowie den Oblasten Cherson und Lugansk. Beim Meinungs austausch sprachen L.I. Kalaschnikow, W.I. Kaschin und N.W. Kolomejzew. Die Ergebnisse der Erörterung fasste G.A. Sjuganow zusammen. Das Präsidium des ZK der KPRF fasste einen Beschluss über die Gründung von Organisationskomitees für die Vorbereitung von Gründungskonferenzen einer Donezker bzw. Lugansker Republikorganisationen sowie von Regionalorganisationen in Saporoshe und Cherson der KPRF

8:05 de.rt.com: Ukrainische Truppen beschießen Donezk und Makejewka erneut mit Geschossen in NATO-Kaliber

Die ukrainische Armee hat Donezk und Makejewka innerhalb von zehn Minuten mit insgesamt acht Granaten im NATO-Kaliber 155 Millimeter beschossen. Das teilt die Vertretung der Volksrepublik Donezk (DVR) beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen in der Ukraine mit.

8:37 de.rt.com: Medienbericht: Südkorea und USA planen große Luftkampfmanöver

Die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel nehmen in den letzten Wochen deutlich zu. Vor dem Hintergrund einer Serie von Raketentests in Nordkorea führen Seoul und Washington eine Militärübung durch. Laut Medienberichten soll gleich danach ein Luftkampfmanöver stattfinden.

Nach Angaben der südkoreanischen Nachrichtenagentur Yonhap planen die Luftstreitkräfte Südkoreas und der USA gemeinsame Großmanöver vom 31. Oktober bis zum 4. November. Demnach wollen die südkoreanischen Luftstreitkräfte etwa 140 Kampfflugzeuge bei den Übungen einsetzen, darunter auch Kampffjets vom Typ F-35A, F-15 und KF-16. Von der US Air Force sollen sich daran voraussichtlich etwa 100 Flugzeuge beteiligen, die derzeit auf einem Fliegerhorst in Japan stationiert sind. Dabei handele es sich vor allem auch um Tarnkappenjäger F-35B.

Yonhap zitiert eine namentlich nicht genannte Quelle mit den Worten:

"Die geplante Übung zielt darauf ab, dass südkoreanische und US-amerikanische Luftstreitkräfte die Systeme der vereinten Kriegszeitluftoperationen überprüfen und ihre Kampfbereitschaft erhöhen."

Dem Bericht zufolge könne sich auch noch Australien mit einem Tankflugzeug den Manövern anschließen.

Die Manöver werden mitten in der Phase verschärfter Spannungen zwischen Pjöngjang und Seoul geplant. Es wird befürchtet, dass Nordkorea in der Zeitspanne nach dem derzeitigen Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas und vor der "Halbzeitwahl" zum US-Repräsentantenhaus am 8. November erneut Raketen- und Atomwaffentests als eine Art Provokation durchführen könnte.

Inzwischen führen die USA und Südkorea planmäßige Militärübungen durch. Die Manöver haben am 17. Oktober begonnen und werden bis zum 28. Oktober andauern. Nach Angaben des südkoreanischen Militärs werden dabei zahlreiche Bedrohungen durch Nordkorea simuliert, wie etwa durch dessen Atom- und Raketenprogramm. Pjöngjang beschuldigt seinerseits das südkoreanische Militär, die Spannungen durch Militärübungen mit seinen westlichen Verbündeten noch weiter zu verschärfen. Beide Länder befinden sich offiziell noch im Kriegszustand, nachdem sie sich im Jahr 1953 nach dem Koreakrieg auf einen Waffenstillstand verständigt hatten, aber bis heute kein Friedensvertrag gilt.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634eb30148fbef0ed143d669.jpg>

Südkoreanische Kampffjets F-15K und US-amerikanische F-16 bei gemeinsamen Luftmanövern am 4. Oktober 2022

8:44 de.rt.com: **IAEA-Chef: "Bin von Putins detaillierten Kenntnissen zur Situation des AKW Saporoschje beeindruckt"**

Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA), Rafael Grossi, zeigte sich beeindruckt von den Kenntnissen des russischen Präsidenten Wladimir Putin über das Kernkraftwerk Saporoschje. In einem Interview mit dem argentinischen Fernsehsender Telefe, das am 18. Oktober ausgestrahlt wurde, sagte er:

"Ich war beeindruckt von seinen detaillierten Kenntnissen des Kernkraftwerks, seinen technischen Merkmalen und seinem Verständnis dessen, was ich zur Gewährleistung der Sicherheit vorschlage."

"Er ist überzeugt von dem, was er tut. Er ist zutiefst überzeugt von seiner Position."

Der IAEA-Chef bekräftigte Putins Bereitschaft, die Zusammenarbeit mit der IAEA in der Frage des AKW Saporoschje fortzusetzen.

Grossi war am 11. Oktober in Sankt Petersburg, wo er sich mit Putin traf. Er bezeichnete seine Kontakte mit dem russischen Staatschef als äußerst wichtig für die Gewährleistung der Sicherheit der Kernkraftwerke einschließlich des AKW Saporoschje. Grossi besuchte auch zweimal Kiew, wo er mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij zusammentraf.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/634f817e48fbef06f03214e4.jpg>

Rafael Grossi

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponko über die Lage am 19.10.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 40 Mann;
- 1 Panzer;
- 3 Schützenpanzerwagen;
- 16 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner beschießt weiter Objekte der zivilen Infrastruktur in Ortschaften der LVR.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Nowoiwanowka** unter Einsatz amerikanischer Mehrfachraketenwerfer M142 HIMARS **beschossen** und 6 Raketen abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurden **2 Mitarbeiter des medizinischen Notfalldienstes verletzt** und ein Dienstfahrzeug beschädigt, die Zweigstelle des Bergbauzyzeums in Nowoiwanowka und eine Postfiliale wurden beschädigt, ein Wohnhaus wurde zerstört und 5 beschädigt.

Weitere Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 18. Oktober haben sie mehr als 9 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Nowoomelkowo und Tezkoje zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:11 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Energodar-Verwaltung mit HIMARS-Raketen**

Ukrainische Truppen haben in der Nacht zum Mittwoch die Stadt Energodar mit US-amerikanischen Mehrfachraketenwerfersystemen vom Typ HIMARS beschossen und dabei zivile Infrastruktur beschädigt. Das berichtet der Pressedienst der Stadtverwaltung. In einer Erklärung [heißt](#) es:

"Die ukrainischen Truppen haben die Stadtverwaltung mit HIMARS-Raketen angegriffen."

Darüber hinaus sei weitere zivile Infrastruktur von ähnlichen Raketen getroffen worden. Eine Brücke am Eingang der Stadt wurde beschädigt, ebenso wie das Umspannwerk Lutsch. Die Verwaltung fügte hinzu:

"Für die nahe Zukunft sind Restaurierungsarbeiten geplant. Es gab keine Verletzten."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 19.10.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **143 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm **abgefeuert**.

Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses wurden **2 Zivilisten verletzt**. 9 Häuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurde beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte friedliche Einwohner und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: eine Radarstation (36D6-M), 4 Panzer (T-64BW, 1 T-72M1 und 1 T-64B1M), 5 Stück Panzertechnik und Fahrzeuge, 4 Drohnen des Gegners wurden in der Luft abgeschossen.

Die Verluste an Personal des Gegners betragen 30 Mann.

Derzeit geht eine Komplex von Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:36 de.rt.com: **Gebiet Cherson meldet Aufmarsch und Zusammenzug von Kriegsgerät ukrainischer Truppen**

Die ukrainischen Streitkräfte verstärken weiterhin ihre Präsenz in den Außenbezirken des Gebietes Cherson, wobei sich bereits mehrere zehntausend Soldaten an der Kontaktlinie befinden. Dies verkündete Kirill Stremoussow, stellvertretender Leiter der Gebietsverwaltung von Cherson, am Mittwoch gegenüber dem Sender Solowjow Live.

"Mehrere Zehntausend Personen befinden sich jetzt in den Außenbezirken des Gebietes Cherson, ebenso wie eine große Menge an militärischem Gerät. Wir haben Informationen darüber, dass sie Kriegsgerät zusammenziehen."

Stremoussow stellte fest, dass die ukrainischen Gruppierungen im Gebiet aus Wehrpflichtigen bestehen, die in der letzten Mobilmachungswelle eingezogen wurden.

Er fügte hinzu, dass die örtlichen Behörden bereit seien, die Umsiedlung der Bewohner vom rechten Dnepr-Ufer als Evakuierung zu deklarieren, um die Prozesse zu beschleunigen und Opfer zu vermeiden.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/634f9f81b480cc624d73d853.jpg>

11:12 (10:12) deu.belta.by: **Unionsparlamentarier werden Maßnahmen zu Bekämpfung ausländischer Einmischung mittels NRO erörtern**

Eine Sitzung des Sicherheits- und Verteidigungsausschusses der Parlamentarischen Versammlung der Union von Belarus und Russland wird am 26. Oktober stattfinden, teilte der Pressedienst der Versammlung mit.

"Die Abgeordneten werden Fragen der gesetzlichen Regelung von Aktivitäten zur Bekämpfung ausländischer Einmischung durch die aus dem Ausland finanzierten Nichtregierungsorganisationen diskutieren", so der Pressedienst. „Es ist auch geplant, die Entwicklung und Genehmigung des Konzepts der Informationssicherheit des Unionsstaates zu prüfen.“

Darüber hinaus steht auf der Tagesordnung der Sitzung eine Diskussion über die Entwicklung der Programme des Unionsstaates zu den Aktivitäten des Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung für Sicherheit und Verteidigung.

Zur Sitzung sind eingeladen: die Vertreter des Ständigen Ausschusses des Unionsstaates sowie anderer Ministerien und Ämter von Belarus und Russland.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1666167238_62420_big.jpg

10:20 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte starten Offensive bei Nowaja Kachowka**

Nach Angaben russischer Militärkorrespondenten haben ukrainische Truppen am Frontabschnitt Nowaja Kamenka-Berislaw im Gebiet Cherson eine Offensive gestartet. Bis zu 1.000 Mann in zwei Bataillonen seien daran beteiligt und bekämen Rückendeckung von Artillerie und zahlreichen Drohnen.

Unterdessen wurde der Beginn der Offensive offiziell bestätigt.

10:39 de.rt.com: **Cherson: Zivilbevölkerung wird in Sicherheit gebracht**

Das Gebiet Cherson evakuiert seine Zivilbevölkerung vom rechten Ufer des Flusses Dnepr. Dort werden schwere Kämpfe erwartet. Den Schritt hat der Interimgouverneur des Gebiets, Wladimir Saldo, am Dienstagabend angekündigt.

Wladimir Saldo, der Interimgouverneur der Region Cherson, [kündigte](#) am Dienstagabend in einer Videobotschaft die Evakuierung von Zivilisten aus dem Kampfgebiet an. Der Schritt erfolge inmitten einer neuen ukrainischen Offensive, erklärte der Gouverneur. Es bestehe große Gefahr einer Überschwemmung, falls die ukrainischen Truppen den Staudamm am Wasserkraftwerk Kachowka beschießen.

Die Entscheidung kommt, während das russische Militär seine Positionen in Cherson verstärkte, erklärte Saldo. Die Verlegung soll dazu beitragen, Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden, und es den russischen Truppen ermöglichen, die Region zu verteidigen.

Die Zivilbevölkerung werde organisiert an das linke Dnepr-Ufer abgezogen, erklärte er. Demnach sei es geplant, rund 50.000 bis 60.000 Menschen zu evakuieren. Dies soll in den kommenden sechs Tagen passieren. Einwohner der Region Cherson, die bereit sind, an einen anderen Ort in Russland zu ziehen, würden – wie von der russischen Regierung angekündigt – mit Immobilienzertifikaten ausgestattet, fügte Saldo hinzu.

Die Evakuierung begann am Mittwochmorgen. Laut der russischen Agentur TASS erhalten die Einwohner von Cherson SMS-Nachrichten, in denen sie zur Evakuierung aufgerufen werden. Die Behörden geben konkrete Empfehlungen ab, welche Sachen mitzunehmen sind, schreibt die Zeitung RBK. Dabei sollte das Gesamtgewicht aller Gegenstände höchstens 50 Kilogramm betragen.

Zudem sagte Saldo am Mittwoch, dass die Einreise für Zivilisten in die Region für die kommenden sieben Tage gesperrt werde. Er bekräftigte auch, dass ein Rückzug russischer Streitkräfte aus Cherson nicht geplant sei.

Eine Korrespondentin der russischen Zeitung [Iswestija](#) zeigte die Lage vor Ort. Sie berichtete von zwei Warteschlangen am rechten Flussufer. Die Menschen würden mit Motorschiffen transportiert, am anderen Ufer würden Busse bereitgestellt.

Am Dienstagabend trat Sergei Surowikin, der neue Oberbefehlshaber der russischen Truppen in der Ukraine, im russischen Fernsehen auf. Er sagte, dass in Bezug auf Cherson "schwierige Entscheidungen" notwendig sein könnten. "An diesem Frontabschnitt ist die Lage schwierig", betonte er.

Cherson steht seit März unter der Kontrolle Moskaus. Die Region hatte Ende September zusammen mit dem Gebiet Saporoschje und den Volksrepubliken Donezk und Lugansk bei einem Referendum für den Beitritt zu Russland gestimmt. Danach unterzeichnete Wladimir Putin ein Gesetz über den Beitritt der vier Regionen zu Russland. Kiew und die westlichen Länder erkennen das Ergebnis dieser Referenden nicht an.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634fb796b480cc47c465af2b.jpg>

Russische Soldaten am Eingang zum Wasserkraftwerk Kachowka

10:41 de.rt.com: **LVR-Volksmiliz meldet 40 gefallene ukrainische Soldaten an einem Tag**

In den vergangenen 24 Stunden hat die Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk (LVR) bis zu 40 ukrainische Soldaten eliminiert, [teilt](#) Iwan Filiponenko, der offizielle Vertreter der LVR-Volksmiliz, am Dienstagmorgen auf Telegram mit. Dabei seien drei gepanzerte Mannschaftstransportwagen, ein Panzer sowie 16 Spezialfahrzeuge der ukrainischen Armee zerstört worden.

Zudem sollen ukrainische Streitkräfte weiterhin zivile Ziele in der LVR beschießen, unter anderem die Ortschaft Nowoiwanowka. Dabei sollen sie Mehrfachraketenwerfer vom Typ M142 HIMARS aus US-amerikanischer Produktion eingesetzt und insgesamt sechs Geschosse abgefeuert haben. Bereits am Dienstag sollen ukrainische Truppen die Ortschaft Popasnaja mit zwei HIMARS-Raketen beschossen haben. Informationen über mögliche Opfer

liegen derzeit nicht vor.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/634fb0f448fbef7c917933f3.jpg>

Ukrainische Soldaten tragen am 16. Oktober ihren gefallenen Kameraden, der in der Nähe des Dorfes Schandrigolowo in der Volksrepublik Donezk gefunden wurde

11:07 de.rt.com: **Russisches Militär verstärkt Verteidigungslinie im Gebiet Saporoschje**
Pioniereinheiten des Russischen Militärbezirks Süd verstärken die Verteidigungslinie an wichtigen Frontabschnitten im Gebiet Saporoschje. Langfristig befestigte Stellungen, Bunkeranlagen und andere Befestigungen werden gebaut, berichtet die Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit Verweis auf einen Korrespondenten vor Ort. Der Fahrer eines Militärbaggers erklärte der Agentur:

"Die Aufgabe der Ingenieure ist es, Personal und Ausrüstung zu bewahren. Wir arbeiten in diesem Abschnitt in vollem Umfang, wir versuchen, die Aufgabe schnell zu erledigen, damit es für alle hier vor Ort einfacher ist."

Militäringenieure müssen unter störendem feindlichen Beschuss aus der Luft arbeiten: Angriffs- und Aufklärungsdrohnen der ukrainischen Kämpfer operieren am Himmel. Deshalb sind in der Nähe der Festungsbaustellen Beobachter im Einsatz, deren Aufgabe es ist, Gefahren zu erkennen und ihre Kameraden rechtzeitig zu warnen.

11:38 de.rt.com: **Kritisches Objekt ukrainischer Infrastruktur im Gebiet Saporoschje in Brand geraten**

Ein wichtiges Infrastrukturobjekt im von ukrainischen Truppen kontrollierten Teil des Gebiets Saporoschje sei durch einen Raketenangriff beschädigt worden, teilt Alexandr Staruch, der Verwaltungschef des Gebiets, am Mittwochmorgen auf [Telegram](#) mit. Er schreibt:

"Im Objekt brach ein Feuer aus, das von den Rettungskräften schnell gelöscht wurde. Es gab keine Verletzten."

nachmittags:

12:13 de.rt.com: **Behörden von Mariupol entfernen ukrainisches Denkmal für die Opfer des sogenannten Holodomor**

Am Mittwochmorgen wurde im Stadtzentrum von Mariupol das ukrainische Denkmal für die Opfer des sogenannten Holodomor mit einem Autokran abgebaut. Die Gedenkstätte wurde im Jahr 2004 unter dem ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma auf einem kleinen Platz in der Universitezkaja-Straße errichtet.

Im ersten Jahrzehnt des XXI. Jahrhunderts entstanden in vielen Städten der Ukraine ähnliche Denkmäler. Unweit des Kiewer Höhlenklosters wurde ein umfangreicher Museumskomplex errichtet.

Als Holodomor bezeichnet Kiew einen von der Sowjetführung angeblich gezielt durchgeführten Hungermord an der Bevölkerung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik in den Jahren 1932 und 1933. Die Ukraine bemüht sich seit ihrer Unabhängigkeit um eine internationale Anerkennung des Holodomors als Völkermord, doch ist diese Bewertung bis heute umstritten.

Artjom Bobrowski, Leiter des Lehrstuhls für Geschichtswissenschaften an der Nationalen Universität Donezk, der bei der Demontage anwesend war, erklärte gegenüber RIA Nowosti: "Historischen Quellen zufolge gab es in den südlichen Regionen Russlands und später der Sowjetunion alle paar Jahrzehnte eine Hungersnot. Von der Hungersnot 1932 bis 1933 waren nicht die Ukraine und der Donbass am stärksten betroffen, sondern Kasachstan, die Wolgaregion und der Nordkaukasus."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/634fc8bd48fbef7c91793419.jpeg>

12:26 de.rt.com: **Russische Luftabwehr meldet Abschuss ukrainischer Drohnen über Krim**

Ukrainische Drohnen seien am Mittwoch von der russischen Luftabwehr auf der Krim und in Sewastopol abgeschossen worden. Dies [teilt](#) Oleg Krjutschkow, der Berater des Oberhauptes der Krim-Republik, auf Telegram mit. Er wörtlich:

"Auf der Krim und in Sewastopol wurden erneut ukrainische Drohnen abgeschossen. Die Luftabwehr hat funktioniert. Der Himmel der Halbinsel steht unter Schutz."

Zuvor sagte Michail Raswoschajew, der Gouverneur von Sewastopol, dass eine Drohne im nördlichen Teil der Stadt abgeschossen worden sei. Die Bruchstücke seien auf ein Wohngebäude heruntergefallen und hätten ein Feuer verursacht. Niemand sei verletzt worden. Auf dem [Video](#), das die russische Online-Nachrichtenagentur Readovka veröffentlichte, sind die Bruchstücke einer ukrainischen Drohne in einem Gemüsegarten zu sehen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/FEBQut1ZsqGGYZg112z58z_SRS-OEFQV2uHPU1MzSJwAGSPc0vqIgVJzMkh1bkB8PSdQVr31VwbGgkJ5nLTX-TM44IOuOZbrw5vg3q4JF_qwXdhwcS84Zpst9AvQ9FFmIHfxigf4-XZ1ZtXXoQqhUFvqp1zdvQJLYYL9SqWtRZfyvThcRJpik5472YvwoXJCX1Ih2ikCasIcaMqpomkZA4B7YzqLB1x2TFwRT2EkjwrIZOLd-R7hGK6IQ4JGm5ZNxWWF0hmVrtaZc9Bbgc4yr6PwhY6-O9G-aamexD9FPNDR9toqDMAtJA6D_SZ0TwAy4e4bOYd6B9yqZfSrlt2Ctw

12:45 de.rt.com: **Erdoğan: Einrichtung eines internationalen Gasdrehkreuzes mit Moskau vereinbart**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat verkündet, dass in seinem Land ein internationales Gasdrehkreuz eingerichtet werden soll, um Europa mit Gas aus Russland zu versorgen. Er betonte:

"Wir haben mit Wladimir Putin vereinbart, in unserem Land eine Gasdrehscheibe einzurichten, über die Erdgas nach Europa geliefert werden kann."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/634fd07cb480cc4fe7549c52.jpg>
Recep Tayyip Erdoğan

13:58 (12:58) novorosinform.org: **In der Region Saporoschje ist nicht geplant, eine Evakuierung der Bevölkerung durchzuführen**

Es gebe keine sachlichen Gründe für Notmaßnahmen in der Region.

Zum Stand vom 19. Oktober beabsichtigen die Behörden der Region Saporoschje nicht, eine Evakuierung der Bevölkerung durchzuführen, die Situation in der Region sei unter der Kontrolle der Truppen. Dies erfuhr [RIA Novosti](#) von Wladimir Rogow, Vertreter der

Regionalverwaltung.

„Es gibt keine Evakuierung in der Region Saporoschje. Im Moment gibt es dafür keinen Grund. Die Armee hat eine Verteidigungslinie aufgebaut und hält sie. Die Situation an der Front ist unter Kontrolle“, sagte Rogow.

Er stellte fest, dass die Entsendung von Kindern in Ferienorte keine Evakuierung sei. Diese Art von Urlaub wurde bereits die letzten Monate hindurch organisiert.



https://www.novorosinform.org/content/images/61/66/56166_720x405.jpg

13:59 (12:59) deu.belta.by: **Finanzministerium kommentiert Beschluss der Weltbank, belarussische Kredite nicht zu bedienen**

Das Finanzministerium kommentierte die Erklärung der Weltbank, dass die der Republik Belarus von der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gewährten Kredite nicht weiter bedient werden, weil die fälligen Zahlungen nicht eingegangen sein sollen. Wie das Finanzministerium erläuterte, unterliegt die Nationalbank, die als Zahlstelle der belarussischen Regierung fungiert, derzeit den von der EU und den Vereinigten Staaten verhängten Sanktionen, die die Ausführung von Zahlungen in Euro und US-Dollar verhindern. In Anbetracht dieser Umstände wurde der Präsidialerlass № 93 vom 14. März 2022 "Über zusätzliche Maßnahmen zur Gewährleistung eines stabilen Funktionierens der Wirtschaft" verabschiedet.

"Im Rahmen der durch diesen Erlass erteilten Befugnisse und angesichts der unfreundlichen Maßnahmen ausländischer Gläubiger, einschließlich der Aussetzung der Finanzierung von Projekten (auch im sozialen Bereich) und/oder der Einschränkung der Fähigkeit der belarussischen Regierung und der Nationalbank als ihrem Finanzagenten, Zahlungen in US-Dollar und Euro zu leisten, haben der Ministerrat und die Nationalbank den Beschluss Nr. 212/10 vom 6. April 2022 "Über zeitweilige Maßnahmen zur Vollstreckung ausländischer Staatsschulden" gefasst, wie das Finanzministerium mitgeteilt hat.

Der Erlass legt ein vorläufiges Verfahren für die Erfüllung von Verpflichtungen aus externen staatlichen Darlehen fest, die von der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Nordischen Investitionsbank in belarussischen Rubeln aufgenommen wurden.

Von April bis Oktober erfüllte das Finanzministerium die Verpflichtungen aus den zwischen Belarus und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung geschlossenen Darlehensverträgen vollständig und fristgerecht, indem es Zahlungen aus den Fonds in Fremdwährung auf ein separates Girokonto in belarussischen Rubeln in der Belarusbank überwies.

"Die Möglichkeit, Schulden in Fremdwährung im Standardverfahren zurückzuzahlen, ist derzeit aufgrund der laufenden Sanktionen gegen Belarus eingeschränkt", erklärte das Finanzministerium.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000021_1666177523_62425_big.jpg

14:03 (13:03) novorosinform.org: **SBU schafft in Nikolajew ein Konzentrationslager für prorussische Bürger**

Im Rahmen der Vorbereitung der Streitkräfte der Ukraine auf Offensivoperationen in Richtung Nikolajew-Krywoi Rog errichtet der Sicherheitsdienst der Ukraine ein Lager zur Identifizierung prorussischer Bürger, berichtet der Telegram-Kanal „Bloknot Rossija.“ Es wird darauf hingewiesen, dass in Nikolajew seit Anfang Oktober ein Filterlager mit einer Kapazität von bis zu 500 Personen eingerichtet wird. Die vorläufige Frist für die Bereitschaft dieser Einrichtung wurde bis Mitte Oktober festgelegt.

„Das Ziel ist es, die Loyalität der Bürger zum politischen Kurs der Russischen Föderation zu testen, die in Siedlungen leben, die von Einheiten und Untereinheiten der Streitkräfte der Ukraine während Offensivoperationen besetzt werden“, heißt es in der Erklärung.

Laut dem Telegram-Kanal werden die Hauptaufgaben des Lagers darin bestehen, Personen zu identifizieren und repressive Strafmaßnahmen gegen sie durchzuführen, die mit den Behörden der Russischen Föderation zusammengearbeitet haben, sowie gegen diejenigen, die russische Pässe erhalten und am Referendum teilgenommen haben. Außerdem planen SBU-Mitarbeiter, Bürger zu rekrutieren, die Verwandte in den von Kiew kontrollierten Gebieten haben, um Sabotage- und Aufklärungsaktivitäten in der Region Cherson und auf der Krim zu organisieren.



https://www.novorosinform.org/content/images/61/67/56167_720x405.jpg

13:07 de.rt.com: **Gebiet Cherson schließt Grenze für Zivilisten für eine Woche**

Die Einreise in das Gebiet Cherson wird für die Zivilbevölkerung für sieben Tage gesperrt.

Das verkündete der amtierende Gouverneur des Gebietes, Wladimir Saldo, gegenüber dem Fernsehsender Rossiya 24. Er wies darauf hin, dass nur Inhaber von Sonderausweisen Zutritt haben werden und fügte hinzu:

"Das sind diejenigen, die für die Bereitstellung, die Versorgung und die Versorgungsarbeiten zuständig sind."

Zuvor hatte Saldo erklärt, dass große Teile der Bevölkerung vom westlichen Dnepr-Ufer evakuiert würden, betonte aber:

"Die Stadt wird vollständig gehalten werden. Wir müssen nur die Zivilisten in Sicherheit bringen. Niemand wird Cherson aufgeben. Das Militär weiß, was es tut."

Am Vortag hatte Armeegeneral Sergei Surowikin, der Befehlshaber der russischen Truppen im Gebiet der Sonderoperation, berichtet, dass das Kiewer Regime im Gebiet Cherson verbotene Methoden der Kriegsführung einsetzen könnte. Er fügte hinzu, dass es auch Informationen gebe, wonach die ukrainischen Streitkräfte einen massiven Raketenangriff auf den Staudamm des Wasserkraftwerks Kachowka sowie einen massiven wahllosen Raketen- und Artillerieangriff auf die Stadt vorbereiteten.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/634fc21ab480cc47c465af3b.jpg>

Stele der Stadt Cherson

14:10 (13:10) novorosinform.org: **"Wir haben lange genug gewarnt": Kadyrow wandte sich an die ukrainische Führung**

Russland wurde zu lange ignoriert und man wollte nicht zuhören, also werde die Russische Föderation von nun an die Bedingungen diktieren. Dies erklärte das Oberhaupt Tschetscheniens, Ramsan Kadyrow, als er die Angriffe russischer Truppen auf Militär- und Energieanlagen in der Ukraine kommentierte.

Ihm zufolge hat Moskau das Kiewer Regime mehrfach vor "konkreten Maßnahmen im Zuge der Sonderoperation gewarnt, die noch nicht ergriffen wurden".

"Russland hat dem Kommando der Satanisten wiederholt die Chance gegeben, zur Besinnung zu kommen. Aber sie haben uns nicht gehört oder ignoriert. Jetzt wird alles anders. Wir werden die weiteren Bedingungen diktieren", erklärte Kadyrow in einem Telegram-Kanal. Er stellte fest, dass Kiew die Warnungen der Russischen Föderation hätte beachten und eine weniger aggressive Politik gegenüber Russland verfolgen sollen.

„Keiner wird verschont bleiben“, schloss er.

Darüber hinaus erklärte das Oberhaupt der Republik, dass russische Truppen derzeit erfolgreiche Offensivoperationen im Artjomowsk-Frontabschnitt durchführen.



https://www.novorosinform.org/content/images/61/69/56169_720x405.jpg

13:14 de.rt.com: **Gouverneur im russischen Gebiet Belgorod: Stadt Schebekino unter Beschuss**

Ukrainische Streitkräfte haben die russische Stadt Schebekino im Gebiet Belgorod beschossen, [teilt](#) Wjatscheslaw Gladkow, der Gouverneur des Gebiets, am Mittwoch mit. "Es gibt Verwundete. Ein Mann mit einer Brustwunde befindet sich in einem ernsten Zustand. Alle notwendige medizinische Hilfe wird geleistet. Eine Frau wird ins Krankenhaus gebracht."

Beim Beschuss seien zivile Ziele getroffen worden, darunter ein Einkaufs- und Sportzentrum. Im Einkaufszentrum seien Fensterscheiben zersprungen und zwei Autos, die sich auf einem Parkplatz befunden hätten, seien beschädigt worden. Der Beschuss werde weitergeführt, heißt es. Auf den vom Gouverneur veröffentlichten [Fotos](#) sind Schäden zu sehen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/ii2c3-t7qIFMOmQiwRgE7jwqHNggk_olS2jpu_Pu1YmkkLBfi15tx8ojVv0HhfCCQq8E5oJgQgKz2fU-NvJYkSTYmnNpmMi5FwE313eXccDmM1Pxf-MzbCRFeGaAmi1EBmwB1Ifv5CU0P3JYGrmOu8mnq2MUKKTG9Y8thq6TTTTZyL46SMPeMA9bIl6EInfhOtXad1UT7Ig9ruX21VBjyXOGPxVD9YTw6VKWHmjuru7P3djgPNk_z6J61ZkOBKli-HXqhvA7TrJR0ScufobbvqEI2f3sS4f4h0RvL4gVKhRdRV3R2ztxNGuuqyD2J86yXtn8JpXnEVIsv6y0GrR87g.jpg

14:40 (13:40) novorosinform.org: **Das Verteidigungsministerium berichtete über die Eliminierung von mehr als hundert Militärs der Streitkräfte der Ukraine in der Nähe von Cherson**

In der Richtung von Nikolajew-Kriwoi Rog habe das russische Militär 120 ukrainische Soldaten und ausländische Söldner getötet.

Am vergangenen Tag hätten die RF-Streitkräfte insgesamt über 120 Kämpfer der Streitkräfte der Ukraine und ausländische Söldner vernichtet. Dies wurde heute während des traditionellen Briefings durch den offiziellen Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, bekanntgegeben.

Bei Luftangriffen der Russischen Föderation im Gebiet von Nikolajew, Besymennoje, Nowowoskremenskoje und Tryfanowka (Richtung Nikolajew-Kriwoi Rog) wurden Einheiten der 60. Infanterie- und 35. Marinebrigade der ukrainischen Truppen und der Gruppierung "Fremdenlegion" getroffen.

Insgesamt beliefen sich die feindlichen Verluste auf 120 Personen, 8-Panzerfahrzeuge und 12-Fahrzeuge.



https://www.novorosinform.org/content/images/61/72/56172_720x405.jpg

13:45 de.rt.com: **Chef des Gebietes Winniza meldet Raketenbeschuss**

Das ukrainische Gebiet Winniza stehe unter Raketenbeschuss, erklärte der Leiter der örtlichen Militärverwaltung, Sergei Borsow. Zuvor hatten ukrainische Medien am Mittwoch berichtet, dass in der gesamten Ukraine Luftalarm ausgerufen wurde. Borsow schrieb auf Telegram: "Bleibt in den Unterkünften! Gebiet Winniza unter Raketenbeschuss! Das Militär ist im Einsatz!"

14:52 (13:52) novorosinform.org: **Die Situation beim KKW Saporoschje ist unter Kontrolle - Leiter von Rosatom**

Der Strahlungshintergrund im KKW Saporoschje sei normal, erklärte der Leiter von Rosatom Alexei Lichatschjow.

Am vergangenen Tag hat die Artillerie der Streitkräfte der Ukraine 13 Granaten auf den nördlichen Stadtrand von Energodar und das an das KKW angrenzende Gebiet abgefeuert. Dies wurde vom russischen Verteidigungsministerium gemeldet. Lichatschjow versicherte jedoch, dass die Situation auf der Anlage unter Kontrolle sei, berichtet TASS.

Das Verteidigungsministerium erklärte auch, dass eine Landung der Streitkräfte der Ukraine in der Nähe des KKW Saporoschje vereitelt wurde. Die Verluste der ukrainischen Militanten beliefen sich auf mehr als 90 Soldaten und 14 Boote. Wie Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrats der regionalen staatlichen Verwaltung von Saporoschje, gegenüber [RIA Nowosti](#) sagte, sei der Zweck der ukrainischen Landung die Eroberung des Kernkraftwerks

Saporoschje gewesen.

13:59 de.rt.com: **Putin verhängt Kriegsrecht in DVR, LVR, Cherson und Saporoschje**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat in den Volksrepubliken Lugansk, Donezk sowie in den Gebieten Cherson und Saporoschje das Kriegsrecht verhängt. Er gab seine Entscheidung während einer Sitzung des Sicherheitsrates am Mittwoch bekannt.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Mittwoch in den Volksrepubliken Lugansk, Donezk sowie in den Gebieten Cherson und Saporoschje das Kriegsrecht eingeführt. Er kündigte dies bei einer Sitzung des russischen Sicherheitsrates an. Mit dem Kriegsrecht gehen erweiterte Machtbefugnisse für die von Moskau eingesetzten Verwaltungen in den vier Regionen einher.

Das Kriegsrecht tritt am 20. Oktober um Mitternacht in Kraft. Der Erlass des Präsidenten wurde auf der Webseite des Kremls [veröffentlicht](#) und wird unverzüglich dem Föderationsrat zur Genehmigung vorgelegt. Die kommende Sitzung des Föderationsrates findet bereits am heutigen Nachmittag statt.

Laut dem Dokument wird das Kriegsrecht eingeführt, weil "bewaffnete Gewalt gegen die territoriale Integrität der Russischen Föderation eingesetzt wird".

Putin wies zudem die russische Regierung, das Verteidigungsministerium, das Innenministerium, das Notfallministerium sowie den Inlandsgeheimdienst an, innerhalb von drei Tagen Vorschläge über Maßnahmen einzureichen, die in den Gebieten zu ergreifen sind. Der russische Staatschef ordnete die Schaffung eines Sonderrates unter der Leitung des russischen Regierungschefs Michail Mischustin an. Das Organ soll die Bemühungen zur Verbesserung der Sicherheit koordinieren.

In acht an die Ukraine angrenzenden Regionen wird zudem der "mittlere Reaktionsmodus" eingeführt. Dies bedeutet unter anderem die vorübergehende Umsiedlung von Einwohnern in sichere Gebiete sowie die Bereitstellung einer dauerhaften oder vorübergehenden Unterkunft für diese Menschen. Zudem können Sonderregelungen für die Ein- und Ausreise sowie Verkehrsbeschränkungen eingeführt werden.

Alle russischen Regionen, mit Ausnahme des Zentrums und des Südens, befinden sich ab jetzt im Modus der "Basisbereitschaft".

Es gebe keine Pläne, die russischen Grenzen aufgrund des Kriegsrechts zu schließen, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634fed9ab480cc4f8d28a26a.jpg>

19. Oktober 2022: Wladimir Putin spricht bei einer Sitzung des Sicherheitsrates

14:12 de.rt.com: **Ukrainische Landungstruppen versuchten erneut, AKW Saporoschje zu übernehmen**

Ein ukrainischer Landungstrupp mit mindestens 30 Motorbooten versuchte, in der Stadt Energodar zu landen, um das Kernkraftwerk Saporoschje zu erobern. Der Angriff wurde jedoch vereitelt, teilte Wladimir Rogow, Vorsitzender der Bewegung "Wir sind mit Russland",

am Mittwoch gegenüber TASS mit. Er erklärte:

"Ein Anlandeversuch mit Dutzenden von Booten. Zuvor hatten mindestens drei Dutzend Boote versucht, in Energodar zu landen. Es handelt sich um Spezialeinsatzkräfte. Sie trainieren, um kritische Anlagen zu erobern. Das AKW Saporoschje ist eine davon. Es gab Kampfhandlungen, der Versuch wurde vereitelt."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/634faaa648fbef01c6555cf6.jpg>

AKW Saporoschje

14:23 de.rt.com: **Medien berichten über Explosionen in Kiew und im Gebiet Iwano-Frankowsk**

In Kiew und im Gebiet Iwano-Frankowsk in der Ukraine soll es zu weiteren Explosionen gekommen sein, berichtet die ukrainische Nachrichtenagentur UNIAN. Am Mittwochmorgen wurde laut Medienberichten in der gesamten Ukraine Luftschutzalarm ausgerufen. Die Agentur schreibt:

"Es werden mehrere Explosionen in Kiew gemeldet. Das Luftabwehrsystem wurde vorsorglich ausgelöst. Es gibt auch Berichte über Explosionen im Gebiet Iwano-Frankowsk und wiederholte Explosionen in Kiew."

14:49 de.rt.com: **Russische Truppen schlagen alle Angriffe der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet Cherson zurück**

Die russischen Streitkräfte haben alle Angriffe der ukrainischen Truppen bei deren Versuch einer Offensive im Gebiet Cherson zurückgeschlagen, die Verteidigungslinie wurde gehalten. Das verkündete der stellvertretende Leiter der Gebietsverwaltung Kirill Stremoussow. In einer auf Telegram veröffentlichten [Videobotschaft](#) sagte er:

"Zum jetzigen Zeitpunkt wurden alle Angriffe abgewehrt, und wir erhalten die Verteidigungslinie aufrecht."

Ihm zufolge versuchten ukrainische Truppen, mit zwei Bataillonen der 128. Gebirgsjägerbrigade und einem Panzerbataillon der 17. Brigade in Richtung Nowaja Kamenka-Berislaw vorzustoßen.

Eine große Anzahl feindlicher Mittelstreckendrohnen und eine Bayraktar-Drohne zur Aufklärung seien beobachtet worden, so Stremoussow.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/634fec1b480cc519d69d250.jpg>

Russische Artilleristen im Einsatz bei Cherson

15:05 de.rt.com: **DVR-Chef Puschilin: "Kiews Bedingungen für Austausch von Kriegsgefangenen oft inakzeptabel"**

Die Bedingungen, die die ukrainische Seite bei den Verhandlungen über den Austausch von Kriegsgefangenen stellt, sind oft inakzeptabel. Kiew "ist das Schicksal seiner Kämpfer völlig egal", erklärte der Chef der Donezker Volksrepublik (DVR) Denis Puschilin am Mittwoch gegenüber dem TV-Sender Rossija-24.

"Die Bedingungen, die vom Gegner im Rahmen der Austauschverhandlungen gestellt werden, sind oft inakzeptabel. Den Feind und vor allem seine Schirmherren kümmert das Schicksal der einfachen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, der einfachen Mobilisierten oder der Mitglieder der Territorialverteidigung überhaupt nicht. Auf dieser Grundlage arrangieren sie eine Art Handel."

Puschilin merkte an, dass sich die Verhandlungsführer der ukrainischen Seite oft wie eine "Wetterfahne" verhielten, da sie "ihre Positionen mit mehreren Gesprächspartnern, mit mehreren westlichen Strömungen oder sogar mit der geopolitischen Lage abgleichen müssen: Wer wird davon profitieren?"

"Wir sind uns absolut im Klaren darüber, dass es notwendig ist, alle unsere Leute, die sich in den Fängen des ukrainischen Regimes befinden, zurückzuholen."

Der DVR-Chef fügte hinzu, dass die Verhandlungen und der Austausch nun in einem Regime des Schweigens stattfinden. Er hob hervor:

"Erst wenn wir vor vollendeten Tatsachen stehen, teilen wir mit, dass unsere Jungs zurückgekehrt sind."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/634fcd6a48fbef06f0321537.jpg>

Denis Pushilin

16:09 (15:09) [ukrinform.de](https://www.ukrinform.de): **Griechenland liefert bereits Schützenpanzer BMP-1 an die Ukraine – Kuleba**

Griechenland hat mit den Lieferungen von Schützenpanzern BMP-1 an die Ukraine begonnen. Das gab Außenminister Dmytro Kuleba bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem griechischen Amtskollegen, Nikos Dendias, am Mittwoch in Kyjiw bekannt. Diese Schützenpanzer werden die Kampffähigkeit der ukrainischen Armee verstärken, betonte er. Laut Kuleba sprach er mit Dendias auch über die Zusammenarbeit im Militärbereich und sagte, derzeit sei die Stärkung der Flugabwehr für die Ukraine wichtig. Griechenland bekam im Ringtausch mit Deutschland 40 Schützenpanzer Marder. Dafür liefert das Land 40 Schützenpanzer sowjetischer Bauart des Typs BMP-1 an die Ukraine.



https://static.ukrinform.com/photos/2022_09/thumb_files/630_360_1664282849-370.jpg

15:18 [de.rt.com](https://www.de.rt.com): **Russische Streitkräfte schießen ukrainische Su-25 und zwölf Drohnen ab**

Wie der Pressedienst des russischen Verteidigungsministeriums am Mittwoch mitteilte, haben russische Luftabwehrsysteme in den vergangenen 24 Stunden ein ukrainisches Su-25-Angriffsflugzeug, zwölf Drohnen, elf Mehrfachraketenwerfer-Geschosse und acht Anti-Radar-Raketen abgeschossen. In der Mitteilung hieß es: "Flugabwehrsysteme in der Nähe des Dorfes Trifonowka im Gebiet Cherson haben ein Su-25-Flugzeug der ukrainischen Luftwaffe abgeschossen. Außerdem wurden zwölf ukrainische Drohnen in der Nähe der Ortschaften Tschaikino, Suchanowo und Kutscherskoje im Gebiet

Cherson, Nowosjolowka, Staromajorskoje, Luganskoje in der Volksrepublik Donezk und Popasnaja in der Volksrepublik Lugansk abgeschossen."

Darüber hinaus habe die Luftabwehr im Laufe des Tages elf Geschosse von Mehrfachraketenwerfern vom Typ HIMARS- und Olcha sowie acht Anti-Radar-Raketen vom Typ HARM im Gebiet Cherson abgefangen.

15:50 de.rt.com: **Israels Verteidigungsminister schließt Waffenlieferungen an Ukraine aus**
Trotz Berichten über angebliche russische Angriffe mit iranischen Drohnen auf die Ukraine hat der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz Waffenlieferungen an die ukrainische Armee vorerst weiterhin ausgeschlossen. Dem Radiosender [Kol Chai](#) sagte er am Dienstagabend:

"Ich möchte deutlich machen, dass wir der Ukraine keine Waffen verkaufen."

Man leiste nur medizinische und humanitäre Hilfe. Dies werde auch so bleiben. Dabei stellte Ganz klar, er sei der Verteidigungsminister und daher für den Export israelischer Waffen zuständig.

Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba hatte am Dienstag angekündigt, Israel um Luftabwehrsysteme bitten zu wollen. Der israelische Diaspora-Minister Nachman Schai forderte seinerseits nach den Berichten über angebliche iranische Waffenlieferungen an Russland, Israel müsse die Ukraine ebenfalls mit Waffen versorgen. Ein Militärspezialist der israelischen Zeitung Jedioth Achronot schrieb am Mittwoch, Israel werde der Ukraine das Raketenabwehrsystem Iron Dome aus verschiedenen Gründen nicht zur Verfügung stellen. Denkbar sei nur die Lieferung von Frühwarnsystemen.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/634fd3c9b480cc50ed1ce1c0.jpg>

16:19 de.rt.com: **Ukrainische Truppen bringen Minen, um den Unterlauf des Dneprs zu überfluten**

Nach Angaben der Anwohner in der Ortschaft Gawrilowka im Gebiet Cherson bringen ukrainische Truppen derzeit Flussminen vom Typ JARM in die Gegend. Die ukrainischen Streitkräfte könnten diese Minen flussabwärts in Richtung des Kachowka-Wasserkraftwerks treiben lassen, um den Damm dort zu sprengen und dann das Flussbett in Richtung Cherson zu überfluten.

Auf solche Weise könnten die ukrainischen Soldaten die russischen Pontonbrücken sowie die gesamte Logistik zerstören, indem sie die Lieferung von Lebensmitteln, Medikamenten, Treib- und Schmierstoffen stören. Die Ortschaften Olgowka, Nikolajewka, Lwowo, Iwanowka, Nowotjaginka, Tokarewka, Ponjatowka, Nikolskoje, Sadowoje, Pridneprowskoje, Antonowka sowie der Küstenteil von Cherson befinden sich direkt im Überflutungsgebiet. Derzeit wird die Zivilbevölkerung auf das linke Ufer von Cherson und in andere russische Gebieten verlegt.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634fd9d048fbef01db527a1a.jpg>

16:40 de.rt.com: **Russisches Außenministerium wirft USA und Ukraine Verletzung des Budapester Memorandums vor**

Das Budapester Memorandum sollte die Sicherheit in Osteuropa stärken. Kiew wirft Moskau vor, durch die Angliederung der Krim gegen das wichtige internationale Dokument verstoßen zu haben. Moskau sieht dagegen die Ukraine und die USA in der Verantwortung.

Konstantin Woronzow, stellvertretender Direktor der Abteilung für Rüstungskontrolle des russischen Außenministeriums, hat am Dienstag bei der Tagung des ersten Ausschusses der UN-Generalversammlung erklärt, die USA und die Ukraine hätten das Budapester Memorandum verletzt. Jahrelang hätten sich die USA in die inneren Angelegenheiten der Ukraine eingemischt, ohne die Souveränität der früheren Sowjetrepublik zu beachten. Das Dokument aus dem Jahr 1994 sei durch die rückhaltlose Osterweiterung der NATO und ihre militärischen Aktivitäten im postsowjetischen Raum untergraben worden.

Die Ukraine halte das Memorandum seit Jahren nicht mehr ein. Dies betreffe insbesondere die Verpflichtungen, die den Anstieg von Nationalismus und Chauvinismus im Land hemmen sollten. Kiew habe den Nationalismus, darunter dessen radikalste Formen, offen gefördert. Woronzow betonte ferner, Russland erfülle dagegen die im Memorandum verankerten Verpflichtungen:

"Laut dem Memorandum bestätigte Russland der Ukraine gegenüber seine Verpflichtungen, keine Atomwaffen einzusetzen und keine Nicht-Atomwaffenstaaten mit dem Einsatz von Atomwaffen zu bedrohen. Diese Verpflichtung wird völlig erfüllt."

Die Ukraine, Russland, Großbritannien und die USA hatten das Budapester Memorandum am 5. Dezember 1994 unterzeichnet. Laut den Vereinbarungen verzichtete die Ukraine auf ihre Atomwaffen für die Sicherheitsgarantien seitens Russlands, der USA und Großbritanniens.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634fe63eb480cc4fe7549c67.jpg>

16:52 de.rt.com: **Dekret des Präsidenten Russlands: In ganz Russland verschiedene**

Sicherheitsstufen eingeführt

Nach dem heutigen Dekret des russischen Präsidenten Wladimir Putin werden im ganzen Land verschiedene Sicherheitsstufen eingeführt. In den Volksrepubliken DVR und LVR sowie in den Gebieten Cherson und Saporoschje wird das Kriegsrecht verhängt, also "maximale Bereitschaftsstufe". In den nahe zur Ukraine gelegenen Gebieten, nämlich auf der Krim, also auch in Sewastopol, in den Gebieten Krasnodar, Belgorod, Brjansk, Woronesch, Kursk und Rostow, werde eine "mittlere Bereitschaftsstufe" eingeführt. Das bedeutet vor allem, dass die Oberhäupter dieser Regionen in der Lage sein werden, einige Mobilmachungsmaßnahmen durchzuführen, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, Energie- sowie Infrastrukturobjekte und öffentliche Verkehrsmittel sorgfältig zu kontrollieren und zu schützen. Sie dürfen außerdem die Zivilbevölkerung in sicherere Orte verlegen sowie Regeln für die Fahrzeugkontrolle und -einreise einführen. Die Objekte für Transport und Kommunikation sowie Druck- und Computerzentren und automatisierte Systeme in diesen Gebieten werden kontrolliert.

In den zentralen und südlichen Föderationskreisen, darunter in Moskau, Twer, Tula, Wladimir und anderen, wird eine "höhere Bereitschaftsstufe" eingeführt. Dies bedeutet, dass dort die Oberhäupter die gleichen Maßnahmen wie im vorstehenden Punkt durchführen dürfen, außer Mobilmachungsmaßnahmen und Verlegung der Zivilbevölkerung an sicherere Orte. In den übrigen Subjekten der Russischen Föderation wird eine "grundlegende Bereitschaftsstufe" eingeführt. Dies bedeutet, die gleichen Maßnahmen wie im vorstehenden Punkt, mit Ausnahme der Überprüfung von Fahrzeugen und der Kontrolle von Objekten für Transport und Kommunikation, von Druck- und Computerzentren sowie automatisierten Systemen.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 19.10.2022

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 58 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

In Mariupol wurden die Arbeiten zur Inbetriebnahme eines Kommunikationsobjekts abgeschlossen.

Mehr als 5900 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens. Zivilschutzkräfte haben mehr als 14 Hektar Gelände untersucht und 215 explosive Objekte entdeckt.

Spezialisten der Elektrizitätswerke setzen die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha und Mironowskij fort.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:09 de.rt.com: **US-Biolabore: Russland und sieben weitere Länder fordern Antworten im UN-Sicherheitsrat**

Russland beschuldigt die USA, in der Ukraine gefährliche Bioexperimente durchgeführt zu haben. Moskau fordert von Washington, Einzelheiten über das großangelegte Programm offenzulegen. Nun wollen sich Russland und sieben weitere Länder beim UN-Sicherheitsrat beschweren.

Am Dienstag haben Russland, Weißrussland, Venezuela, Simbabwe, China, Kuba, Nicaragua und Syrien in einer gemeinsamen Erklärung bei den Vereinten Nationen gefordert, Artikel 6 der Konvention über das Verbot biologischer Waffen und Toxinwaffen umzusetzen. Der Grund sind ihre Besorgnisse über die biologischen Forschungsaktivitäten der USA in der Ukraine.

Konstantin Woronzow, stellvertretender Leiter der russischen Delegation bei der UNO, las die gemeinsame Erklärung bei der Tagung des ersten Ausschusses der UN-Generalversammlung vor. Der Diplomat betonte, dass es um die Tätigkeit von US-Biolaboren in der Ukraine gehe, zu der Washington bisher keine klaren Antworten geben wolle.

"Wir haben keine klaren Antworten bekommen, die alle Bedenken über die genannte Tätigkeit endgültig ausräumen und eine Lösung für das Problem finden könnten."

In der Erklärung drängten die Länder zudem darauf, alle innerhalb der Biowaffenkonvention verfügbaren Mittel einzusetzen, einschließlich des Mechanismus von Artikel 6 des Übereinkommens.

Laut Artikel 6 können alle Unterzeichnerstaaten beim UN-Sicherheitsrat Beschwerde einlegen, wenn sie der Ansicht sind, dass die Bestimmungen der Konvention verletzt wurden.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634fc925b480cc4fe7549c45.jpg>

17:23 de.rt.com: **Russische Streitkräfte vereiteln Versuch der ukrainischen Truppen, den Fluss Scherebez zu überqueren**

Am Frontabschnitt bei Kupjansk und Krasny Liman haben russische Truppen an einem Tag mehr als 70 ukrainische Soldaten eliminiert, teilte das russische Verteidigungsministerium mit. In einer entsprechenden Erklärung heißt es:

"Am Frontabschnitt bei Kupjansk trafen russische Truppen auf Einheiten der 14. und 92. mechanisierten Brigade der ukrainischen Armee sowie auf ausländische Söldner in den Gegenden der Siedlungen Petropawlowka, Pestschanoje und Berestowoje im Gebiet Charkow. Mehr als 40 ukrainische Soldaten, vier gepanzerte Kampffahrzeuge und drei Pick-ups wurden eliminiert."

Darüber hinaus seien die Versuche der ukrainischen Armee, den Fluss Scherebez in Gegenden bei Stelmachowka, Rosowka oder Raigorodka in der Volksrepublik Lugansk zu überqueren, in der Dunkelheit vereitelt worden. Die Behörde hob hervor:

"Russische Truppen eliminierten mehr als 30 ukrainische Soldaten, drei gepanzerte Kampffahrzeuge und zwei Pkw."

18:38 (17:38) ukrinform.de: **Ukrainisches Volk mit Sacharow-Preis des EU-Parlaments ausgezeichnet**

Das Europäische Parlament hat den diesjährigen Sacharow-Preis für geistige Freiheit dem ukrainischen Volk verliehen. Das „heldenhafte“ ukrainische Volk, vertreten durch den Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und weitere gewählte Vertreter sowie die Zivilgesellschaft, erhält den Preis, sagte Parlamentspräsidentin Roberta Metsola am Mittwoch in Straßburg. Nach ihren Worten verteidigen die Ukrainer seit Monaten nicht nur ihre Heimat, sondern auch die Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf dem Kontinent.

In der Nominierung wurde der Präsidenten Wolodymyr Selenskyj für seine Tapferkeit, seine Ausdauer und seine Hingabe an sein Volk hervorgehoben. Auch die Rolle von Einzelpersonen, Vertretern zivilgesellschaftlicher Initiativen und staatlicher und öffentlicher Einrichtungen wurde erwähnt, insbesondere des Staatlichen Katastrophenschutzdienstes der Ukraine, Julia Pajewska (Gründerin der medizinischen Evakuierungseinheit „Tairas Engel“), Oleksandra Matwijtschuk (Menschenrechtsaktivistin), die zivile Widerstandsbewegung „Gelbes Band“ und Iwan Fedorow (Bürgermeister der ukrainischen Stadt Melitopol, die derzeit von russischen Streitkräften besetzt ist).

Die mit 50.000 Euro dotierte Auszeichnung wird seit 1988 von dem Europäischen Parlament an Persönlichkeiten und Organisationen vergeben, die sich besonders für Menschenrechte und Meinungsfreiheit sowie für die Achtung des Völkerrechts und geistige Freiheit einsetzen. Der Preis ist nach dem bekannten sowjetischen Dissidenten und Physiker Andrej Sacharow benannt.



https://static.ukrinform.com/photos/2022_10/thumb_files/630_360_1666191216-157.jpg

abends:

18:03 de.rt.com: **SPD: Klingbeil läutet radikalen Kurswechsel gegenüber Russland ein – Merkel mahnt zu Besonnenheit**

SPD-Chef Lars Klingbeil hat seine Partei auf einen radikalen Kurswechsel in der Russland-Politik eingeschworen. Der Grundsatz, dass es Sicherheit nur mit Russland geben könne, habe sich erledigt. Altkanzlerin Angela Merkel mahnt indes zu Besonnenheit. Es müsse langfristig an einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur gearbeitet werden – "auch unter Einbeziehung Russlands".

SPD-Chef Lars Klingbeil hat seinen Vorgängern in der Partei eine verfehlte Russland-Politik vorgeworfen. "Auf der Suche nach Gemeinsamkeiten haben wir oft das Trennende übersehen. Das war ein Fehler", sagte Klingbeil am Dienstag bei einer SPD-Diskussionsveranstaltung in Berlin. Nach dem Ende des Kalten Krieges habe die SPD geglaubt, so Klingbeil weiter, dass die Beziehungen zu Russland einfach immer besser werden würden:

"Dadurch sind blinde Flecken in unserem Umgang mit Russland entstanden. Und das hat zu Fehlern im Umgang mit Russland geführt."

Laut Klingbeil sei es für seine Partei nun an der Zeit, die Haltung gegenüber Russland grundsätzlich zu ändern. Die Aussage, dass es Sicherheit und Stabilität in Europa nur mit und

nicht gegen Russland geben könne, habe nach Ansicht des SPD-Chefs keinen Bestand mehr. "Heute geht es darum, Sicherheit vor Russland zu organisieren", erklärte er. "Russland hat sich aus dem System der gemeinsamen Sicherheit und der gemeinsamen Werteordnung verabschiedet. Unsere Sicherheit muss ohne Russland funktionieren."

Insgesamt habe sich die SPD in der Zeit nach dem Kalten Krieg vier vermeintliche Fehleinschätzungen geleistet, sagte Klingbeil. Zum einen habe die Partei daran geglaubt, dass die Geschichte beide Länder einander verpflichte. Dabei habe sie laut Klingbeil aber verkannt, dass Putin das "anders" sehe und "die Geschichte für die autokratische Konsolidierung nach innen und seine Großmachtspolitik nach außen" instrumentalisiere. Auch das Paradigma Wandel durch Annäherung habe demnach nicht funktioniert. So hätten die immer engeren wirtschaftlichen Verflechtungen nicht zu einer stabileren europäischen Ordnung, sondern vielmehr zum Gegenteil beigetragen.

Der SPD-Politiker kritisierte zudem, dass sich Deutschland mit seiner Energiepolitik von Russland abhängig gemacht habe. "Eine solch einseitige Abhängigkeit darf nie wieder passieren", mahnte Klingbeil. Darüber hinaus seien die Interessen der ost- und mitteleuropäischen Partner nicht ausreichend berücksichtigt worden, was laut dem SPD-Chef zu einem massiven Vertrauensverlust geführt habe. Es gebe sicher weitere Fehler, die gemacht worden seien, sagte Klingbeil. Ihm sei wichtig, diese zu benennen und daraus die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Mit seinen Aussagen läutet Klingbeil somit einen radikalen Kurswechsel der SPD gegenüber Russland ein. Denn noch im Wahlprogramm der SPD von 2021 hatte es geheißen: "Frieden in Europa kann es nicht gegen, sondern nur mit Russland geben." Auch im immer noch gültigen Grundsatzprogramm der Partei von 2007 wird die strategische Partnerschaft mit Russland als "unverzichtbar" für Deutschland und die Europäische Union bezeichnet. "Die Öffnung Russlands sichert Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent", heißt es dort.

Merkel steht zu stabilen Beziehungen zu Russland

Ähnlich sieht das auch die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Erst kürzlich sagte sie beim Festakt zu "1110 Jahre Goslar", dass langfristig an einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur gearbeitet werden müsse – "auch unter Einbeziehung Russlands" –, und auch wenn dies eines sehr langen Atems bedürfe. "Dieses Ziel kommt uns heute vielleicht so wenig realistisch vor wie Adenauer im Jahr 1950 in Goslar die Wiedervereinigung", so Merkel. Dennoch sei es zu erreichen. Dass sie ein Wiederaufleben der deutsch-russischen Beziehungen auch weiterhin für möglich und auch gut halte, ließ die Altkanzlerin nur wenige Wochen später erneut verlauten.

Bei ihrem Auftritt bei der "Helmut-Kohl-Stiftung" hatte Merkel Ende September erklärt: Würde man Kohls Politik auf heute übertragen, dann würde man "parallel immer auch das im Moment so Undenkbare, schier Unvorstellbare mitdenken – nämlich wie so etwas wie Beziehungen zu und mit Russland wieder entwickelt werden können". Dabei erinnerte sie zugleich an den Gedanken des "Doppelbeschlusses" aus der Kohl-Zeit, der Abschreckung und Gesprächsbereitschaft gegenüber Moskau verband.

Im Gegensatz zu Klingbeil steht Merkel zudem auch weiterhin zu ihrer Russland-Politik der vergangenen Jahre. "Man handelt ja immer in der Zeit, in der man ist." Selbst im Kalten Krieg sei Russland ein Energielieferant gewesen, auf den man sich hätte verlassen können. "Ich habe nie daran geglaubt, dass es so etwas gibt wie Wandel durch Handel, aber durchaus Verbindung durch Handel. Und insofern bereue ich Entscheidungen überhaupt nicht, sondern glaube, dass es aus der damaligen Perspektive richtig war", sagte Merkel kürzlich auf einer Veranstaltung in Lissabon.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634ff990b480cc4e552ba3a3.jpg>
SPD-Chef Lars Klingbeil

18:23 de.rt.com: **EU will Teheran mit Sanktionen belegen**

Nach Berichten über angebliche Lieferungen iranischer Drohnen an Russland will die EU Teheran mit Sanktionen belegen. Eine Sprecherin des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell sagte am Mittwoch in Brüssel, dass es "bereits beim Treffen der EU-Außenminister Anfang der Woche ernste Besorgnis über die wachsende Zahl von Berichten über die Beteiligung iranischer Drohnen an den russischen Angriffen auf die Ukraine" gegeben habe. Nun sollen die Mitgliedstaaten an einer schnellen und entschlossenen Reaktion arbeiten. Dies berichtet die Deutsche Presse-Agentur am Mittwoch.

19:06 de.rt.com: **Keine Zensur auf der Frankfurter Buchmesse – außer "für den russischen Nationalstand"**

Die Frankfurter Buchmesse hält wegen des Ukraine-Krieges jegliche Zusammenarbeit mit staatlichen russischen Literatur-Institutionen für ausgeschlossen. Vertreten sind nun ausschließlich russische Exilautoren und Menschenrechtsaktivisten.

Die diesjährige Frankfurter Buchmesse findet vom 19. bis 23. Oktober statt.

Schwerpunktthema ist in diesem Jahr auch der Krieg in der Ukraine. Messedirektor Juergen Boos wurde dazu von der Frankfurter Rundschau (FR) interviewt. Zum Thema der Anwesenheit russischer Verlage auf der Messe erläuterte Boos:

"Wir haben uns direkt nach dem völkerrechtswidrigen Überfall auf die Ukraine dazu entschieden, keinen russischen Nationalstand auf der Messe zu haben."

In dem offiziellen Statement der Frankfurter Buchmesse heißt es:

"Die Veranstalter der Frankfurter Buchmesse verurteilen den von Präsident Putin befehligten Angriff Russlands auf die Ukraine aufs Schärfste. Vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen Einmarsches der Russischen Föderation in die Ukraine hält die Frankfurter Buchmesse jede Zusammenarbeit mit den staatlichen russischen Institutionen, die für den russischen Nationalstand auf der Frankfurter Buchmesse verantwortlich sind, für ausgeschlossen."

Die Frankfurter Buchmesse sichere jedoch "den ukrainischen Verlegerverbänden ihre volle und uneingeschränkte Unterstützung zu", so der Wortlaut aus der Mitteilung. Boos betonte in dem Interview, dass die Messe "aber auch für die Rede- und Meinungsfreiheit, die Position "freedom to publish" stehen würde. Weiter heißt es:

"Wir müssen alle Stimmen hören, insofern sie nicht gegen die Gesetze verstoßen, und ihnen die Möglichkeit geben, gehört zu werden. Wenn wir anfangen, da zu zensieren, wo hören wir dann auf?"

In einem Messe-Pavillon werden Themen angesprochen, "die uns sehr wichtig sind, wie etwa zur Demokratie und zur Redefreiheit":

"Dort werden Veranstaltungen zur Ukraine und zur russischen Opposition stattfinden." Zudem wird auf gemeinsame Einladung der Frankfurter Buchmesse und der Federation of European Publishers (FEP) der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij per Videobotschaft zu dem europäischen Verlegerverband sprechen. Dessen Ehefrau, Olena Selenska, ist in der Gesprächsreihe BRIGITTE LIVE am 22. Oktober zu Gast auf der Messe. Der ukrainische Schriftsteller Serhij Zhadan wird den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erhalten. Boos informierte des Weiteren, dass der Veranstalter "auch die Auslandsorganisation des deutschen Buchhandels" darstellt. Er erklärte:

"Mit Unterstützung des Auswärtigen Amts haben wir enge Beziehungen zu dem Buchinstitut in der Ukraine geknüpft, wir waren häufig Aussteller auf der Kiewer Frühjahrsbuchmesse Book Arsenal. Auf der Frankfurter Buchmesse wird es einen 100 Quadratmeter großen Gemeinschaftsstand zur Ukraine geben, den wir gemeinsam mit dem Goethe-Institut und dem Ukrainian Book Institute organisieren."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634fe51cb480cc50ed1ce1d7.jpg>
Eingangsbereich der diesjährigen Frankfurter Buchmesse

19:22 de.rt.com: **Auch nach Kriegsrechtsverhängung keine Teilnahme im Grundwehrdienst an Militäroperation**

Russische Militärangehörige, die ihren Grundwehrdienst ableisten, werden auch nach der Verhängung des Kriegsrechts in den vier neuen russischen Gebieten nicht zur Teilnahme an der militärischen Spezialoperation herangezogen. Dies erklärte das Oberhaupt des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses des russischen Föderationsrats Wiktor Bondarew. Nach Angaben der Nachrichtenagentur TASS antwortete er auf eine entsprechende Anfrage: "Nein, sie werden nicht herangezogen. Schon zuvor wurde geregelt, wo Grundwehrdienstleistende eingesetzt werden dürfen."